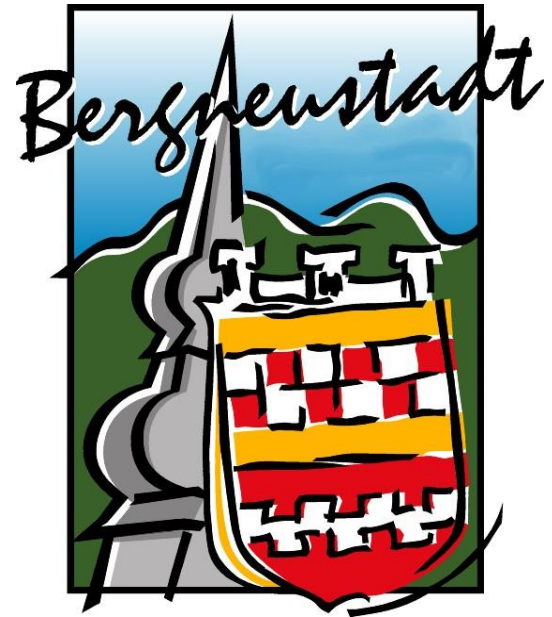


UWG Bergneustadt Stadtratsfraktion

- Stellungnahme zum Haushalt 2024 –

Liebe Bürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskollegen,

seit 2017 haben wir durchweg mit Haushaltsüberschüssen abgeschlossen und kommen beim Eigenkapital von ca. minus 12,1 Millionen EUR in 2016 auf jetzt ca. plus 12 Millionen EUR.



Erhöhung bei der Grundsteuer B von 895% auf 959%punkte:

Die Grundsteuer B wird aus unserer Sicht rechtmisbräuchlich eingesetzt, da kann es nicht sein, dass unsere Bürgerschaft seit vielen Jahren im Landesvergleich überdurchschnittlich belastet wird und die Grundsteuer B wieder erhöht werden soll. Die Fehler, die in der Vergangenheit von Bergneustädter Ratsmehrheiten beschlossen wurden, sind leider auch von den Bürgern zu bezahlen. Aber die Kosten aufgrund politischer Fehler auf höherliegenden politischen Ebenen haben das Land bzw. der Bund auszugleichen. Wir als UWG Bergneustadt fordern schon seit vielen Jahren eine Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG), aber weder CDU noch SPD geführte Landesregierungen haben etwas geändert, was uns Kommunen helfen würde. Hätten wir zum Beispiel in den letzten drei Jahren die Grundsteuer B um 200 Punkte reduziert, würde das positive Eigenkapital immer noch über 10 Millionen EUR betragen. Es kann doch nicht sein, dass die Stadt auf der einen Seite die Grundsteuer B für die Bürger erhöhen will und auf der anderen Seite werden Prestigeobjekte gebaut. Wäre einmal interessant zu wissen, was die Wähler der anderen Parteien dazu sagen. **Wir als UWG Bergneustadt lehnen die Erhöhung der Grundsteuer B ab.**

Containerdorf für Flüchtlinge am Silberg:

Das Land NRW stellt der Stadt einen Betrag in Höhe von 490.000 EUR in Aussicht, damit die Stadt ein Containerdorf für Flüchtlinge am Silberg errichten soll. **Wir als UWG Bergneustadt lehnen dies ab**, da dadurch das Land unserer Kleinstadt noch mehr Flüchtlinge zuweisen wird. Leider kommt auch die Stadt,

das heißt die arbeitenden Bürger für Flüchtlinge auf, die einen Abschiebestatus besitzen, aber dennoch geduldet werden.

Im Jahr 2024 sind die Transferleistungen für Asylbewerber in unserer Stadt mit 730.000 EUR eingeplant. Dieser Betrag basiert auf durchschnittlich 80 zu versorgenden Personen. Die pauschalierte Landeszuweisung deckt die hohen Kosten für geduldete, aber abgelehnte Asylanten, auch weiterhin nicht ab.

So wurden zum Beispiel im Jahr 2022 nur durch Flüchtlingskosten 205 Grundsteuer B Punkte verschenkt. Im Jahr 2024 könnten 146 Punkte eingespart werden, wenn uns die Asylkosten bezahlt würden. **Hier werden Kommunen und Bürger im Stich gelassen.**

Neubau und damit verbundene Sperrung der Othebrücke:

Der Wahnsinn nimmt leider seinen Lauf. Jetzt wurde an der Umleitung über den Wirtschaftsweg hinter der Firma Lobbe her, den nur Einsatzfahrzeuge nutzen dürfen, eine Überwachungskamera aufgestellt, um die Bürger zu überwachen. Hätte man seinerzeit auf die Vorschläge von Stadtrat und Bürgermeister gehört, wäre es besser gelaufen, aber die zuständigen Mitarbeiter beim OBK hielten es noch nicht einmal für notwendig, dem Stadtrat zu antworten oder mit dem Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Bergneustadt zu sprechen. Nun haben die Bauarbeiten vor kurzem begonnen und die Bürger werden sich leider mit einer Sperrung von gut acht- bis zehn Monaten abfinden müssen. Dies führt zu einem erheblichen Mehraufwand für die Bürger, so u.a. weitere Wege zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, Das bedeutet mehr Kilometer, mehr Sprit, höhere Kosten und mehr Zeitaufwand. Und die Kaufkraft der Bürger wandert zum Teil in die Nachbargemeinden ab. Auch die Aussage von Herrn Krämer vom Amt für Immobilienwirtschaft im Kreisbauausschuss, der von einem „spannenden Projekt“ sprach und die Kosten für die Herrichtung der Umleitung hinter dem Lobbe für zu teuer hielt und damit die Sperrung rechtfertigte. Diese Aussagen sind ein Hohn für die Bürger. **Wer zahlt denn letztendlich auch diesen Brückenneubau, genau, der Bürger.** Das hat wohl auch Herr Ammann als Dezernent vom Kreisbauamt verdrängt, denn er hielt es nicht für nötig auf die Anregungen der Bergneustädter Politik einzugehen. **Der Bürger muss diese Überheblichkeit und Arroganz leider ausbaden.**

Jetzt kommt noch ganz aktuell hinzu, dass Straßen NRW in den Osterferien die Sanierung der B55 in der Ortsdurchfahrt von Drolshagen-Hützemert plant. Die Arbeiten werden in zwei Bauabschnitten erfolgen, betroffen ist der Bereich zwischen den Einmündungen L708 und K8 (Belmicker Weg). Dieser

Streckenabschnitt wird für gut zwei Wochen komplett gesperrt. Da stellt sich einem die Frage, warum sich die Behörden nicht besser abstimmen. **Der Bürger darf es wieder einmal ausbaden.**

Förderung und Eigenbeteiligung:

Momentan ist die Stadt dabei, einige Maßnahmen mit Fördergeldern umzusetzen, so unter anderem auch das integrierte Stadtentwicklungskonzept Altstadt und Innenstadt. In diesem Projekt sind auch Maßnahmen enthalten, die kostspielig sind, so zum Beispiel ein Millionen EUR teurer Spielplatz im neuen Talpark, ein Schrägaufzug am Schmittloch zur Altstadt und eine überdimensional große Treppe zur Altstadt. Warum wurde der alte Spielplatz nicht einfach mit neuen Spielgeräten erweitert, dann hätte man auf einen millionenteuren neuen Spielplatz verzichten können und auch die Entfernung der Hecke ist nicht zu verstehen. Warum wird ein Schrägaufzug gebaut, der regelmäßig gewartet werden muss. Diese sicherlich nicht geringen Kosten bleiben wieder bei der Stadt hängen. Auch die Gefahr der Zerstörung durch Vandalismus ist nicht von der Hand zu weisen. Musste diese große Betontreppe wirklich sein? Wir sind schon von einigen Bürgern angesprochen worden, die der Meinung sind, dass diese gewaltige Betontreppe die Optik mit Blick auf die wunderschöne Altstadt verschandelt, dass sie auf Grund der vielen Stufen schwer zu begehen sein wird und dass sie sicherlich auch nicht gerade kostengünstig war.

Im Jahr 2024 wird das integrierte Stadtentwicklungskonzept Altstadt und Innenstadt mit Teilprojekten fortgesetzt, die Kosten belaufen sich auf 4 Millionen EUR, die zu 80% durch Landeszuweisungen finanziert werden. Der Eigenanteil beträgt 20%, in EUR sind das 800.000 EUR für unsere Stadt, die durch Kredite aufgenommen werden müssen.

Bei jeder Förderung für noch so tolle Projekte müssen wir als Stadt im Durchschnitt 20% bis 30% mitfinanzieren. Auf den ersten Blick erscheint dies nicht viel, wenn man Millionen bekommt, aber da der Haushalt unserer Stadt nicht gerade rosig aussieht, ist jeder EUR, der für Luftschlösser ausgegeben wird, ein EUR zu viel, zumal dieser als Kredit aufgenommen werden muss, denn das schlägt sich im Endeffekt wieder auf die Grundsteuer B nieder. **Getreu dem Motto „Der Bürger zahlt ja!“**

Neue Mitte - Parksituation Aldi:

Altbürgermeister Holberg hat unter anderem zusammen mit SPD und CDU jahrelang die Investorenpläne am Nettogelände verhindert bzw. blockiert.

Angeblich wollten die Protagonisten der sogenannten "Neuen Mitte" und dem dort neu entstehenden ALDI keine Stöcke in den Weg schmeißen. So wurde billigend in Kauf genommen, dass der ALDI in der Hennevide geschlossen wurde und tausende von Menschen in diesem Gebiet ohne Lebensmittelgrundversorgung dastanden. Die "Neue Mitte" sollte dadurch gestärkt werden.

Nun wurde kürzlich auf dem ALDI-Parkplatz ein Schild aufgestellt, wonach dort ab sofort nur noch maximal eine Stunde geparkt werden darf, ansonsten werden „Knöllchen“ verteilt. Ich kann mich noch an die Worte von Altbürgermeister Holberg und von verschiedenen Ratsmitgliedern gerade aus den Reihen von SPD und CDU erinnern, die damals nicht müde wurden zu sagen, dass beim ALDI die Leute auf dem Parkplatz parken können um danach noch in Ruhe Einkäufe in der Innenstadt zu erledigen, dadurch würde es zu einer starken Belebung der Innenstadt und insbesondere des Einzelhandels kommen. Dies wird mit der geringen Parkdauer jetzt konterkariert.

Wir hatten die große Möglichkeit in der „Neuen Mitte“ etwas Einmaliges zu erschaffen, diese Chance wurde leider vertan. Jetzt haben wir einen großen kalten Klotz mit einem Aldi und darüberliegenden Wohnungen, der den alten kalten Klotz Kaufhalle abgelöst hat.

Wir als UWG Bergneustadt haben damals schon unsere Bedenken geäußert und wurden (leider) bestätigt. Man wird das Gefühl nicht los, dass gewissen Personen und Parteien die Bürger vollkommen egal sind.

Projekt Jägerhof:

Die Jägerhof eG hatte im letzten Jahr einen Umsatz von 80.000 EUR und erzielte trotz zweieinhalb Stellen einen Gewinn von 13.000 EUR nach Steuern. Wie kann das sein? Auch waren zu Beginn Investitionen von 3,4 Millionen EUR geplant, heute liegen wir schon bei mindestens 4,2 Millionen EUR und ein Ende ist sicherlich nicht absehbar. Auch zu diesem Projekt gibt es Fördermittel, bei denen die Stadt aber wieder einen gewissen Teil an Geldern beisteuern muss. Dafür haben viele Bürger kein Verständnis. Wenn man dann noch überlegt, dass die elitäre Gesellschaft der Jägerhof eG ein Startkapital von gut 500.000 EUR bekommen hat.

Wohnbebauung und Ausbau der Bahnhofstraße in Wiedenest: Der Ausbau der Straße ist für die Jahre 2024 bis 2026 vorgesehen. In 2024 sind für erste Planungs- und Baukosten 465.000 EUR vorgesehen.

Erschließung der geplanten Gewerbegebiete Dreiert und Schlöten II: Hierfür sind Planansätze von insgesamt 765.000 EUR vorgesehen, unter anderem wird das Geld für Grunderwerb und ökologische Ausgleichsmaßnahmen eingesetzt. In 2024 soll die bauliche Umsetzung für das Gewerbegebiet Dreiert beginnen und es soll bis 2025 abgeschlossen werden. Die Erschließung soll durch spätere Verkaufserlöse und zu erwartende Fördermittel aus dem Förderprogramm „Regionales Wirtschaftsförderprogramm des Landes NRW“ finanziert werden. Der Förderantrag soll in Kürze gestellt werden. Die Umsetzung inklusive Kanalbau schlägt mit 2,2 Millionen EUR zu buche.

Für das bei weitem größere Gewerbegebiet Schlöten II werden sich die kompletten Erschließungskosten inklusive des Kanalbaus auf ca. 19 Millionen EUR belaufen. Weitere Mittel in Höhe von ca. 4 Millionen EUR für den Grunderwerb und die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen kommen noch hinzu. Die Erschließung ist für die Jahre 2026 bis 2028 vorgesehen. Die Finanzierung soll hier auch über spätere Verkaufserlöse und Fördermittel erfolgen.

Hier stellt sich die Frage, ob aufgrund der durch die Politik der Ampelregierung stark schwächelnden Wirtschaft und den ins Ausland abwandernden Betrieben und Konzernen, vorerst kein oder nur ein Gewerbegebiet erschlossen werden sollte.

Eine Bebauung mit religiösen Gebäuden in alten und gerade auch in neuen Gewerbegebieten ist indes strikt abzulehnen und muss aus Sicht der UWG Bergneustadt ausgeschlossen werden.

Bergneustadt im Blick:

Das Amtsblatt der Stadt Bergneustadt ist hervorragend aufgemacht, kostet unseren Bürgern aber aktuell 20.000 EUR im Jahr. Hier wäre zu überlegen, ob die Anzeigenpreise und die Bezugskosten etwas erhöht werden können, damit sich das Amtsblatt alleine auch ohne Zuschuss trägt.

Fazit des Haushaltplanes 2024 ist, dass die zukünftige Haushaltsplanung für den Bürger geplant wird, d. h. eine stetige Senkung der Grundsteuer B ist zwingend nötig. Sicherlich sind Fördermittel verlockend und man kann tolle Projekte durchführen, aber bei leeren Kassen müssen wir uns vom Prinzip „Ich wünsche mir was“ verabschieden, damit die Bürger nicht noch mehr ausgenommen und zur Kasse gebeten werden, aber Geld für eine Senkung der Grundsteuer B nicht vorhanden ist. **Die UWG Stadtratsfraktion lehnt diesen Haushalt ab.**

Im Namen der UWG Bergneustadt wünsche ich allen Bürgern ein frohes Osterfest.

Jens-Holger Pütz
Fraktionsvorsitzender
UWG Bergneustadt